

Weiter unten die WAZ-Artikel „Turbulenzen an der US-Börse - Geheime Verträge! Die US-Finanzkrise wirkt sich auf Recklinghausen aus.“ und „US-Finanzmarktkrise trifft auch Bochum“, jeweils vom 19.9.08

Finanzkrise

Jetzt zittern die deutschen Städte

VON ANNIKA JOERES in Frankfurter Rundschau 25.9.08

http://www.fr-online.de/top_news/?em_cnt=1601275&em_src=593361&em_ivw=fr_topnews



Cross-Border-Leasing - Beispiel Düsseldorf:
Die Tunnel unter den Straßen der Stadt hat die Verwaltung an US-Investoren vermietet. (ddp)

Deutschen Städten drohen neue Verluste aus alten Geschäften:

Kommunen, die über das sogenannte Cross-Border-Leasing (CBL) ihre U-Bahnen, Messehallen oder Kanalnetze an US-Investoren verkauft und zurückgeleast haben, leiden unter der amerikanischen Finanzmarktkrise. "Die Krise kann sich auf alle CBL-Geschäfte auswirken", sagt Winfried Fuest vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln der FR. Die Städte könnten für strauchelnde Banken und auch Versicherer bürgen müssen, die an dem Geschäft beteiligt sind. Bestehende Sicherheiten nützen nichts, wenn der Bürgende insolvent werde. "Welche Summen auf die Städte zukommen, kann heute niemand abschätzen", so der Volkswirt. Die Verträge seien zu undurchsichtig für eine genaue Prognose. "Wir müssen unsere damalige Philosophie überdenken", betont Fuest. Beim CBL erhält der Investor einen Steuervorteil, von dem er zwischen vier und fünf Prozent an die Stadt als Barwertvorteil abgibt. Der größte Teil fließt an Banken, die die Schulden des Investors übernehmen, und an Versicherungen, die für diese Raten bürgen. Beide Geschäftspartner sind nun angeschlagen.

Zwischen 1994 und 2004 sahen Ökonomen und Städte noch eine wahre Goldgrube in den CBL-Deals. Öffentliche Angestellte jetteten mit der Concorde nach New York, um einen oft mehrere hundert Seiten dicken Vertrag zu unterzeichnen. Verfasst wurde er von amerikanischen Wirtschaftsjuristen. Er läuft mindestens über 25 Jahre, in einigen Städten noch länger. So hat Köln seine Kanalisation für insgesamt zwei Milliarden Euro veräußert, Ulm sein Klär- und Müllheizkraftwerk, Gelsenkirchen zahlreiche Schulen und öffentliche Gebäude.

In einigen Städten wie Frankfurt, Aachen oder Mülheim wurde das CBL nach Protesten gestoppt. Seit 2004 verbietet der amerikanische Senat die Steuergeschenke an die Investmentfirmen.

Mit Verweis auf ihre Schweigepflicht äußern sich nur wenige Städte zu aktuellen Risiken. Bochums Stadtkämmerer Manfred Busch räumt aber ein: "Das Rating unserer Vertragsfirmen wurde herabgesetzt. Wir müssen innerhalb von 90 Tagen zusätzliche Sicherheiten stellen." Die hoch verschuldete Ruhrgebietsstadt hatte im Jahr 2003 mehr als 20 Millionen Euro durch das Verkaufen und Zurrückleasen ihres Kanalnetzes eingenommen und so erstmals einen fast ausgeglichenen Haushalt vorlegen können.

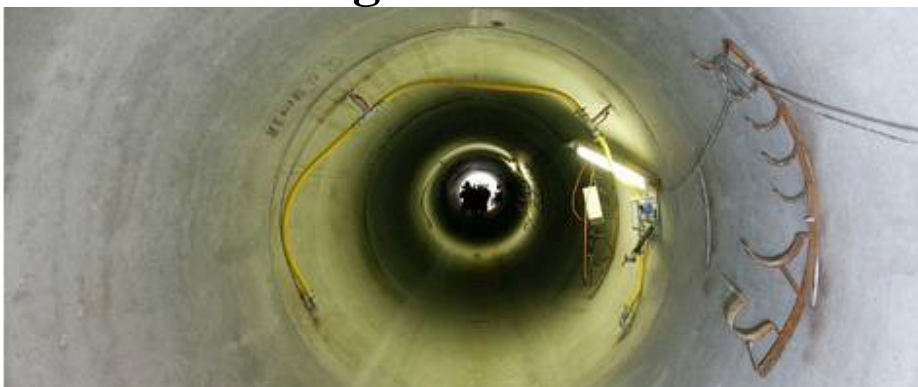
Wie teuer jetzt die neuen Sicherheiten werden können, kann Busch nicht schätzen. "Ich glaube aber, dass es unter unserem Gewinn von damals liegen wird", hofft der Finanzexperte.

Die Stadt Düsseldorf will von Rechtsanwälten prüfen lassen, welcher Schaden auf sie zukommen könnte, sagt Harald Müller von der Stadtkämmerei Düsseldorf. Die NRW-Landeshauptstadt hatte ihr Kanalnetz und die Rheinbahn verleast.

Auch Ulm und Magdeburg geben auf Nachfrage an, Juristen einzusetzen.

"Das war ein absolut leichtsinniges und riskantes Geschäft", sagt Werner Rügemer, Vorsitzender von Business Crime Control. Der Kölner Publizist recherchiert seit Jahren die Hintergründe der CBL-Geschäfte. "Alle Verträge wurden damals mit den großen Namen wie der Schweizer UBS-Bank oder dem Versicherungsgiganten AIG in dem Glauben verabschiedet, die Finanzwelt bleibe auf alle Zeiten bestehen", so Rügemer. "Jetzt bleiben die Verluste letztlich an den Städten hängen."

Geheime Verträge



Die US-Finanzkrise wirkt sich auf Recklinghausen aus. Die Stadt spricht davon, dass Sicherungsmechanismen greifen, beruft sich aber auf vertragliche Vertraulichkeitsverpflichtungen. Attac warnt vor übereilten Geschäften

Vest. Recklinghausens Bürgermeister Wolfgang Pantförder (CDU) sieht das 2003 von ihm abgeschlossene Cross-Border-Leasing-Geschäft (CBL) durch die Finanzkrise in den USA nicht in Gefahr. Damals wurden auf einen Schlag fünf Millionen Euro in die leere Kasse gespült, als die Stadt die Abwasserkanäle an US-amerikanische Investoren verleaste und die Rohre anschließend zurückmietete.

In einer Presseerklärung verwies die Stadtspitze am Freitag auf Sicherungsmechanismen, die nun griffen. Wie berichtet, war das Geschäft durch die in Turbulenzen geratene Versicherungsfirma American International Group abgesichert. Weitergehende Auskünfte über die Art und Umfang der Absicherung sowie Fragen nach den möglichen Mehrkosten gab es nicht: Die Stadtspitze berief sich auf ihre Geheimhaltungspflicht, die Bestandteil der Verträge sei.

„Das ist eine Sache, die nicht geht“, meint Klaus Pedoth von Attac. Die Organisation hatte schon vor Abschluss davor gewarnt, den Vertrag und damit seine Risiken als vertraulich einzustufen und damit Politiker wie Bürger im Unklaren zu lassen. „Es kann nicht sein, dass ich einen Vertrag abschließe und nicht weiß, wie viel es am Ende kostet“, sagt Pedoth.

Mit dem Wahlbündnis Basta wirbt er dafür, dass städtische Projekte öffentlich diskutiert werden, bevor Bürgermeister und Kämmerer Geheim-Verträge unterschreiben, die Unabsehbares nach sich ziehen. „Nach dem Cross-Border-Leasing, das durch eine Gesetzesänderung nicht mehr möglich ist, steht in Recklinghausen ein PPP-Modell an. Public-Privat-Partnership ist die Nachfolge von CBL. Und dabei wird es unterm Strich für Städte und damit für Bürger teurer. Firmen, die es anbieten, wollen daran verdienen“, warnt Pedoth.

Attac-Mitglied Erich Burmester (Die Linke) sieht aufgrund langfristiger Verträge die Gestaltungsräume für Kommunen schwinden: Die Laufzeiten betragen 30 oder sogar 99 Jahre. Was sich heute zu rechnen scheint, sei langfristig vielleicht falsch. Deshalb fordert eine breite Diskussion im Vorfeld ein.

Derweil Attac künftige Entwicklungen begleiten will, fordert die Bürgerfraktion für die nächste Ratssitzung Aufklärung durch Pantförder ein. Dabei verweist ihr Ratsherr Jürgen Paul auf den 17. Datenschutzbericht des Landes, in dem ausgeführt wird, dass das Interesse der Bürger in Sachen CBL höher einzustufen ist als das Geheimhaltungsinteresse von US-Banken.

Bleibt die Frage nach anderen CBL-Geschäften: Auch die Abfallbeseitigungsgesellschaft Ruhr (AGR) steckt in einem solchen Vertrag: 16 Millionen hat sie für das Verleasen und Zurückmieten ihrer Müllöfen (RZR1) erhalten. Ob und mit welchen Risiken dieses Geschäft behaftet ist, werden die Politiker in der RVR-Verbandsversammlung erfragen. Dem RVR gehört AGR.

Deutlich ist jedoch: Sollte es zu Rückforderungen kommen, weil Sicherungsmechanismen nicht gegriffen haben, müssten sich Stadtrat wie Verbandsversammlung fragen lassen, warum sie den Geschäften zugestimmt haben, ohne Details der Verträge zu kennen.

WAZ [Bochum](#), 19.09.2008, Von Rolf Hartmann

US-Finanzmarktkrise trifft auch Bochum

Weil amerikanischer Partner des Cross-Border-Geschäfts im Rating herabgestuft wurde, muss die Stadt neuen Partner finden

Die amerikanische Finanzmarktkrise schlägt bis nach Bochum durch. Weil der US-Versicherungskonzern AIG im Rating herabgestuft wurde, muss die Stadt Bochum sich womöglich nach einem neuen Partner umschauen: AIG ist nämlich der versicherungsrechtliche Garant für das Crossborder-Geschäft, das die Stadt Bochum vor fünf Jahren in New York besiegelt hatte. Dabei ging es um Vermietung und Rückmietung des Bochumer Kanalnetzes. Bochum erhielt damals dafür 20,2 Millionen Euro ausgezahlt.

"Das Downrating hat stattgefunden," bestätigt Bochums Kämmerer Dr. Manfred Busch. Weil auch die Städte Gelsenkirchen, Recklinghausen und Wuppertal Crossborder-Geschäfte in den USA abgeschlossen hatten, halten die Kämmerer der vier Städte seit Tagen engen Kontakt. Busch: "Gemeinsam sind wir stark." Was auch Sinn mache, denn alle vier Städte haben für ihre USA-Geschäfte dieselben Partner. Die Zeit sitzt ihnen jetzt im Nacken, denn die Crossborder-Verträge sehen für die "Reparatur" des Downrating eine Frist von 90 Tagen vor.

"Wir haben deshalb gerade erst drei internationale Telefonkonferenzen geführt," schildert Finanzdezernent Busch. "Mit Frankfurt, Wien und New York." Denn beim Downrating eines Partners sei man vertraglich verpflichtet, den Partner entweder auszutauschen oder eine Versicherung zusätzlich draufzusatteln. Schließlich gelte es, die Garantie dafür aufrecht zu erhalten, dass der Eigenkapitalinvestor sein Geld zurück bekomme. "Die Außenstände sichern," nennt es Busch.

Welchen Weg Bochum einschlagen werde, sei noch offen. Rechtsgutachten müssen erstellt, die Kosten für die zusätzliche Versicherung berechnet werden. Ob das in Bochum über eine Million Euro ausmacht, könne man noch nicht sagen. Doch angesichts der einkassierten 20 Mio Euro sei das so viel auch nicht.

KOMMENTAR **WAZ** [Bochum](#), 19.09.2008, Rolf Hartmann

Das Kanalgeschäft in den USA scheint die Stadt Bochum manchmal so zu beschäftigen wie die oft zitierte Leiche im Keller. Dabei hinkt der Vergleich, denn es gibt nach wie vor starke Befürworter dieses recht speziellen Deals in den USA.

Solche Geschäfte unter der Bezeichnung Cross-Border Leasing waren auf dem Finanzmarkt in den Vereinigten Staaten erst ab 1995 möglich. Vom Geschäft profitieren beide Seiten: Die Stadt Bochum vermietete das Kanalnetz auf hundert Jahre, bekam 20 Mio Euro dafür und mietete das Kanalnetz zurück, erst mal für 30 Jahre, Verlängerung möglich. Was wie ein Strand-Schwindel windiger Finanzgurus aus den Caymans klingt, funktioniert nur deshalb, weil reiche Investoren in den USA auf diese Weise Projekte abschreiben und dabei kräftig Steuern sparen können.

Bisher, fünf Jahre nach Vertragsabschluss, war auch nichts Schlimmes passiert. Dabei wurden ab und an Sorgen laut, ob alle Risiken bedacht seien. Etwa, wenn sich das US-Steuerrecht ändere. Jetzt ist erstmalig ein Ernstfall eingetreten. Bochum muss offenbar zubuttern.